RC - BULLETIN

V/1969

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

Republikanischer Club e.V. Berlin - 1 Berlin - Wielandstr.27
Tel.: 883 40 75/76 PS Berlin West 1941 56

Redaktion:

Hartwig Marx / Gudrun Neufert
Matthias Pfüller / Sigi Stocher
Klara Swarzenski

Den 12.3.1969

Inhaltsverzeichnis

I. Ordentliche Mitgliederversammlung 1969

II. Vorstellung der neuen Redaktion des RC-BULLETINs

III. Aus den Arbeitskreisen
1. Arbeitskreis "Angestellte und technische Intelligenz (Automation)"
2. Marxistische Schulungsgemeinschaft

IV. Zur Diskussion
1. Sendemanuskript von Claus Menzel
2. Überlegungen zur Strategie der APO im Hinblick auf das Wahlbündnis von Peter Rath (RC Dortmund)

V. Veranstaltungskalender

E I N L A D U N G

zur 3. ordentlichen Mitgliederversammlung

Hiermit laden wir zur 3. ordentlichen Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 26. März 1969 ein.

Beginn: 18 Uhr
Ort: Großer Saal der Evangelischen Studentengemeinde 1 Berlin 33 (Dahlem) Gelfertstraße 45

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes
2. Finanzbericht
3. Diskussion
4. Entlastung des Vorstandes
5. Anträge (s. nächste Seite)
6. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren

Wir dürfen Sie darauf hinweisen, daß nur Mitglieder des Republikanischen Clubs teilnahmeberechtigt sind (Inhaben von grünen Mitgliedskarten).

Abstimmungsberechtigt sind persönlich anwesende Mitglieder, die mit ihren Beiträge nicht mehr als drei Monate im Rückstand (einschl. Dezember 1968 bezahlt) oder denen auf Antrag die Beiträge gestundet worden sind.

Ihre Beiträge können Sie auch am Tage der Mitgliederversammlung am Eingang des Versammlungsraumes entrichten.

Bis zum 11. Februar 1969 lagen dem Sekretariat folgende Anträge vor:

1. Ein satzungsergänzender Antrag - eingereicht vom Vorstand:
   § 11 - neu eingefügt: Absatz 6
   "Nur die während der Abstimmungen in der Versammlung persönlich anwesenden Mitglieder sind stimmberechtigt."

2. Ein satzungsändernder Antrag - eingereicht vom Vorstand:
   § 9

Alte Fassung:	Neue Fassung:
Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, 2 stellvertretenden Vorsitzenden und sechs Beisitzern.	Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, 2 stellvertretenden Vorsitzenden und sechs Beisitzern.
Der Club wird gerichtlich und außergerichtlich in gesetzlichem Umfange durch den Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung von den stellvertretenden Vorsitzenden gemeinschaftlich vertreten.	Der Club wird gerichtlich und außergerichtlich in gesetzlichem Umfange durch den Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung von den stellvertretenden Vorsitzenden gemeinschaftlich vertreten.
Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung jeweils für ein Jahr gewählt. Die Abwahl vor Ablauf der Amtsperiode setzt eine Zweidrittelmehrheit voraus.	Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung jeweils für ein Jahr gewählt. Die Abwahl vor Ablauf der Amtsperiode setzt eine Zweidrittelmehrheit voraus.
Der Vorsitzende wir in einem besonderen Wahlgang gewählt. Sind mehrere Kandidaten vorgeschlagen, so ist der Kandidat gewählt, der die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Kommt im 1. u.2. Wahlgang eine absolute Mehrheit nicht zustande, so ist die Wahl zu wiederholen. Ergibt sich auch im 2.Wahlgang keine absolute Mehrheit, so ist der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Haben mehrere Kandidaten die gleiche Stimmenzahl erhalten, so findet unter ihnen eine Stichwahl statt.	Die Vorstandsmitglieder werden in einem gemeinsamen Wahlgang gewählt. Jedes Mitglied kann neun Kandidaten wählen. Im 1. und 2. Wahlgang sind nur die Kandidaten gewählt, die die absolute Mehrheit erhalten. In weiteren Wahlgängen bzw. Stichwahlen sind die Kandidaten gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen.
Die übrigen Vorstandsmitglieder werden in einem gemeinsamen Wahlgang gewählt. Jedes Mitglied kann 8 Kandidaten wählen. Im 1.u.2. Wahlgang sind nur die Kandidaten gewählt, die die absolute Mehrheit erhalten. In weiteren Wahlgängen bzw. Stichwahlen sind die Kandidaten gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen.	Die Vorstandsmitglieder wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und 2 stellvertretende Vorsitzende. Die Wahl des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden muß spätestens eine Woche nach der Wahl der Vorstandsmitglieder durch die Mitgliederversammlung vorliegen. Beim Rücktritt eines oder mehrer vertretungsberechtigter Vorstandsmitglieder läuft diese Frist seit der Rücktrittserklärung.
Die Wahlen finden stets in geheimer Abstimmung statt. Eine Abweichung von diesem Verfahren ist nur nach entsprechender Satzungsänderung zulässig.	Die Wahlen finden stets in geheimer Abstimmung statt. Eine Abweichung von diesem Verfahren ist nur nach entsprechender Satzungsänderung zulässig.

3. Antrag an die Mitgliederversammlung - eingereicht von Peter van Spall
   "Eine Mehrheit hat am 8.2. den § 2 der Satzung außer Kraft gesetzt - ohne diesen neu zu formulieren. Zunehmende Faschisierungstendenzen in der BRD und Westberlin machen trotz schwerwiegender ideologischer Differenzen eine Bündnispolitik erforderlich. Es wird daher beantragt, über diese Entscheidung nochmals zu diskutieren und darüber abzustimmen, ob der § 2 in seiner ursprünglichen Form beibehalten werden kann."

II. Vorstellung der neuen Redaktion des RC-BULLETINs

Nach Ausscheiden der verantwortlichen RC-BULLETIN-Redakteurin Solveig Ehrler hat sich nach Rücksprache mit dem Delegiertenrat und dem RC-Vorstand ein neues Redaktionskollektiv -

Hartwig Marx
Gudrun Neufert
Matthias Pfüller
Sigi Stecher
Klara Swarzenski

konstituiert.

Wir haben nicht die Absicht, Gestaltung und Ausführung des BULLETINs wesentlich zu verändern. Das Erscheinen ist weiterhin kontinuierlich im Abstand von 2 - 3 Wochen geplant.

Wir möchten darauf hinweisen, daß das Redaktionskollektiv des BULLETINs in Zusammenarbeit mit der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ strategisch und politisch relevante Beiträge unserer Mitglieder künftig in der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ veröffentlichen wird, d.h., daß wichtige Beiträge von berufsbildenden Gruppen, Arbeitskreisen etc. innerhalb des Republikanischen Clubs künftig in der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ publiziert werden, wenn sie basisorientierte Relevanz innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition aufweisen.
Kritische Beiträge über Theorie und Praxis der Politik des Republikanischen Clubs aus Gruppen oder von einzelnen Mitgliedern werden nach wie vor im RC-BULLETIN veröffentlicht.

Wir möchten noch einmal betonen, daß somit das BULLETIN weiterhin als inner-institutionelles Sprachrohr des Berliner Republikanischen Clubs verstanden wird, das heißt, die Redaktion beschränkt sich nicht nur darauf, die technische Zusammenstellung der Beiträge für das BULLETIN zu leisten, sondern wird durch Mitarbeit im Delegiertenrat und im RC-Vorstand auf die Politik des Clubs einwirken.

Das Redaktionskollektiv
des BULLETINs.

III. Aus den Arbeitskreisen

1. Arbeitskreis "Angestellte und technische Intelligenz (Automation)" im Republikanischen Club

Die Ereignisse während der letzten beiden außerordentlichen Mitgliederversammlungen und die Auseinandersetzung um den EXTRA-DIENST haben offenbar werden lassen, daß sich zwischen dem Clubvorstand, dem aktiven Teil der Clubmitglieder und einer großen Gruppe der Mitgliedschaft eine Kluft aufgetan hat und starke Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wir sehen, daß die Verbindung zwischen Vorstand und Mitgliedschaft verkümmert ist und der Vorstand mehrmals ohne Rückhalt bei der Mitgliedschaft handelte oder handeln mußte, was zu harter Kritik zahlreicher Mitglieder geführt hat.

Es ist jedoch einsichtig, wenn der Vorstand und der aktive Teil der Clubmitglieder mit Unmut auf harte Kritik reagieren, die von Mitgliedern vorgetragen wird, die nur sehr selten oder nie zur politischen Aktivität des Clubs beitragen.

Auch wir stellen Forderungen an den Republikanischen Club:
Der Club

+ soll keine linke Urania sein;
+ soll nicht die politische Konsumhaltung des Berliner Bürgers reproduzieren;
+ soll nicht die politische Gewissensbefriedigung abgeben für diejenigen, die meinen, ohne Aufwand etwas für den Sozialismus tun zu können;
+ ist kein marxistischer Salon, in dem man sich bei Bier, linken Zeitungen und politisch ergötzlichen Vorträgen vom kapitalistischen Alltag erholen kann;
+ soll vielmehr ein Zentrum der politischen Aktivität der Linken in Berlin sein;
+ wird getragen von der Mitgliedschaft, geformt von seinen aktiven Mitgliedern und kontrolliert von einem Rat von Delegierten aus den Arbeitskreisen des Clubs und den mit dem Club eng verbundenen Gruppen.

Es wäre politisch konsequent und für Sie und die Sache des Sozialismus nutzbringend, wenn Sie selbst Mitglied eines Arbeitskreises werden und über einen Delegierten die Politik des Republikanischen Clubs bestimmen und den Vorstand laufend kontrollieren würden. Als inaktives Mitglied dagegen können Sie nur auf den gelegentlichen Mitgliederversammlungen nachträglich an der Politik des Clubs Kritik üben. Und wenn Sie dem Club das politische Mandat nicht überhaupt bestreiten wollen, so wird also die intensive politische Aktivität des Clubs auch umsomehr Ihre Kritik notwendig machen.
Sie sind Angehöriger eines technischen oder wissenschaftlichen Berufes. Gerade mit Ihren beruflichen und fachlichen Problemen beschäftigen wir uns im Arbeitskreis "Angestellte und technische Intelligenz (Automation)". Ihre Probleme sind auch die unseren:

- die Rolle von Technik und Wissenschaft im Spätkapitalismus;
- das Berufsbild des Technikers und Wissenschaftlers;
- Folgen der Automatisierung;
- die herrschende Wissenschaftsideologie;
- Zusammenhang von Politik und Wissenschaft;
- "sozialistische" Wissenschaft usw.

Wir haben das zusätzliche Problem, daß wir im Arbeitskreis zu wenige sind und wir deswegen mit der Arbeit nur langsam voran kommen. Dieses Problem wird gelöst, wenn Sie und weitere Angehörige Ihrer Berufsgruppe aus dem Club massenhaft im Arbeitskreis erscheinen und mitarbeiten. Dann wird es bald möglich werden, die Produktivfaktoren Technik und Wissenschaft massiv gegen den Klassenfeind zu richen.

Nächste Tagung des AK: Freitag, den 14. März - 20 Uhr im RC
Weitere Termine: jeweils freitags, 20 Uhr

Merke: Der Mitgliedsausweis des RC ist kein sozialistischer Ablaßzettel!!

H.J. Seidel

2. Marxistische Schulungsgemeinschaft im Republikanischen Club

Liebe Freunde,

am 17. Februar 1969 fand unsere konstituierende Versammlung statt. Anstelle des geplanten Vortrages WAS IST EIGENTLICH MARXISMUS?, der wegen Erkrankung des Referenten ausfallen mußte, sprach Hans-Dietrich Wedepohl über das politische Selbstverständnis der Marxistischen Schulungsgemeinschaft. Seine Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Ein schriftlich vorliegender Vorschlag der Initiatoren, von Herman von Rohde unter Zeitdruck mißverständlich formuliert, wurde diskutiert.

Man einigte sich darauf, zunächst vier Gruppen zu bilden, die sich im Kollektiv die Grundlagen des wissenschaftlichen Marxismus aneignen und deshalb mit einer kritischen Analyse der Produktionsverhältnisse von der Urgemeinschaft bis zur Gegenwart beginnen wollen. Das bedeutet also: Studium der marxistisch-leninistischen Polit-Ökonomie. Vorgeschlagen wurde, sich dabei der "Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie" von Ernest Mandel zu bedienen. Es soll grundsätzlich den Gruppen überlassen bleiben, sich die Literatur selbst auszuwählen.

Ein SEW-Genosse unternahm zum Schluß der Diskussion den vergeblichen Versuch, der Mehrheit der Interessenten ein bestimmtes partei-politisches Konzept aufzuzwingen. Dagegen herrschte allgemein Übereinstimmung, daß die MSG unabhängig zu bleiben habe und die Gruppen daher Inhalt und Stoffauswahl selbst bestimmen werden.

Nach erfolgter Abwehr des Störungsversuchs wurde Einigkeit darüber erzielt, demnächst einen Rat aus Vertretern der Arbeitsgruppen zu bilden. Über Zusammensetzung und Aufgaben dieses Rates wird in den Gruppen zu diskutieren sein. Das erste Plenum wird für den 3. März im Tagungsraum neben dem Lesezimmer des RC angesetzt. Dieser Termin konnte erst n a c h Schluß der Veranstaltung in Erfahrung gebracht werden.

Zur Arbeit der MSG wurde übereinstimmend gesagt, daß

1. im Kollektiv systematisch Grundlagen erarbeitet werden sollen,
2. von Zeit zu Zeit die Arbeitsergebnisse durch öffentliche Clubdiskussionen vermittelt werden könnten,
3. Mitglieder der MSG entweder selbst oder über den Koordinator, der auf dem Plenum zu bestimmen wäre, nach Rücksprache mit dem Clubsekretär Gastreferenten für Clubveranstaltungen einladen. In diesem Zusammenhang wird ein Vorschlag vom Genossen Wedepohl zu diskutieren sein, ob ähnliche Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Bildungsreferenten der ASten an den Unis möglich sind,
4. nach jedem Plenum etc. vom Koordinator ein Rundbrief an alle Anschriften versandt wird,
5. Wedepohls Vorschlag, ggf. die Arbeitsergebnisse schriftlich niederzulegen und in der Reihe der Club-Broschüren zu veröffentlichen, in den Arbeitskreisen und auf dem Plenum diskutiert werden sollte.

Tagungstermine: Mittwoch, 20 Uhr/Donnerstag 18 und 20 Uhr - Sonnt.20 Uhr

Literaturvorschlag: Um eine dogmatische Fixierung auf ein vorgegebenes programmatisch-strategisches Konzept zunächst einmal zu vermeiden, sollte zuerst die Einführungsschrift von E. Mandel und dann I. Fetschers Materialsammlung "Marxismus-Ökonomie, Soziologie, Ideologie.." benutzt werden, denn Fetscher dokumentiert ausführlich alle wichtigen Theoretiker marxistischer Strömungen, z.B. Liebknechts Kritik an der marx. Mehrwerttheorie oder Luxemburgs Organisationsfragen anhand neuerer Schriften über Rätedemokratie gelesen werden.

GENOSSEN! KOMMT UND ARBEITET MIT. WER ETWAS ERREICHEN WILL, MUSS IN DIE SACHLICHE GEDULDIGE AUSEINANDERSETZUNG GEHEN UND DIE CLUB-POLITIK MITBESTIMMEN!

Peter van Spall

Wir erhielten vom Hessischen Rundfunk ein Sendemanuskript, aus dem wir folgenden Beitrag unseres Clubmitgliedes Claus Menzel entnehmen:

"In Berlin ist die Solidarität der sogenannten APO nicht länger zu halten. Die Zersplitterung dieser Opposition scheint unaufhaltsam, da gegenwärtig auch ihr Treffpunkt - der Republikanische Club - gefährdet ist. Hören Sie dazu Claus Menzel:

Das Ende des Republikanischen Clubs in Berlin

Im Gemeindesaal der Dahlemer evangelischen Kirche herrschten außerparlamentarische Zustände: Redner, die sich zu Wort meldeten, schnitt die Versammlungsleitung kurzerhand erst das Wort, später das Kabel zum Mikro ab. Zuhörer, die gegen diese höchst autoritären Methoden protestierten, wurden abgewiesen, niederbegrüllt und ausgelacht. Andere Gäste im christlichen Heim stiegen auf die Stühle, riefen einander garstige Worte zu und klatschten endlich das traditionsreiche Erkennungszeichen der deutschen APO: zweimal lang, dreimal kurz.

So, wie sie gekommen waren, verschwanden sie mithin auch: Die Apos gaben ihre Abschiedsvorstellung. Das Chaos, das sie auf Straßen und Plätzen, in Hirnen und Sälen, unter Bürgern und Büttel vielhundertfach provoziert und gesucht hatten, kehrte heim und hinterließ endlich, als die Genossen den Saal dann räumten, Bitterkeis, Enttäuschung, Unfriede und Argwohn. Berlins Republikanischer Club (RC), der zu dieser in jeder Beziehung außerordentlichen Mitgliederversammlung eingeladen hatte, markierte so das Ende der APO wie er einst auch ihren Anfang markiert hatte. Und so mancher, der sich bislang noch dazu gezählt hatte, nahm jetzt seinen Hut - diesmal für immer.

Denn kaum je zuvor hatte sich deutlicher erwiesen, daß es die APO nicht mehr gibt und womöglich nie gegeben hat, solange man mit diesen drei Buchstaben einen Bewegung zeichnen ließ, deren Angehörige zwar aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlicher Intensität an die Notwendigkeit einer raschen, radikalen Veränderung der gegebenen politischen und sozialen Verhältnisse glaubten, die aber, im Angesicht eines übermächtigen Gegners zusammenhielten wie Pech und Schwefel. Unter dem Gewicht der Steine, die APO-Angehörige erst - am 4. November vergangenen Jahres - auf völlig überraschte und friedliche Polizisten, dann - im Januar - in die Fensterscheiben von Kaufhäusern und Banken warfen, zerbricht diese Solidarität, zersplitterte die APO in drei, sechs, zwölf voneinander scharf abgegrenzte Gruppen - groß wie die Sekten und von deren Bedeutung.

Freilich - dies ist nur der Endpunkt einer Entwicklung. Am Anfang stand, im Sommer vergangenen Jahres, das groteske Scheitern der Anti-Notstandskampagne, und, als Reaktion darauf, der nicht minder groteske Versuch, die Furcht vor der eigenen Bedeutungs- und Wirkungslosigkeit zu überspielen. Ein neues Wort tauchte auf, es hieß: "Militanz".

Noch im Frühjahr, nach den Osterunruhen und nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, bekannt man sich zur Formel: "Gewalt gegen Sachen, aber keine Gewalt gegen Menschen." Nun aber feierten einzelne APO-Mitglieder, wie der SDS-Student Christian Semler, terroristische Einzelaktionen als "revolutionäre Lehrstücke" und der Kommunarde Langhans empfahl den aufmuckenden Studenten als Vorbild - die Rocker-Banden. Aus der "Gegengewalt", die zwar nicht immer entschuldbar, aber doch verständlich anmutete, wurde die "offensive Gewalt der Ausgebeuteten gegen die Herrschaft".

Fortan lagen die Steine des Anstosses auf allen Wegen. Als anläßlich des Ehrengerichtsverfahrens gegen den Anwalt Mahler Demonstranten die Polizei angriffen - es gab 131 Verletzte -, veröffentlichte der Vorstand des RC eine Erklärung, in der diese Gewalttätigkeiten gerechtfertigt wurden mit der Gewalt, die Demonstranten beständig angetan werde. Ungerührt ließ der RC-Vorstand es zu, daß beispielsweise dem Theologen Gollwitzer vorgeworfen wurde, mit seiner Warnung vor der Militanz bezwecke er nur, im Establishment Karriere zu machen.

Allerdings: Verglichen mit dem, was der RC-Vorstand dem "Berliner Extra-Dienst" anzukreiden hatte, war auch dieser Vorwurf relativ harmlos. Den "Extra-Dienst", der einzigen in Berlin erscheinenden Publikation, der man trauen kann, wenn sie Nachrichten über die APO veröffentlicht, beschuldigte der RC in einer eigens zu diesem Zweck zusammengestellten Broschüre, er produziere "Lumpenjournalismus, bürgerliche Vernebelungstaktik, Geschreibsel und widerwärtiges Geschmiere". Der Grund: "Extra"-Redakteur Charly Guggemos hatte in einer Sendung für den Westdeutschen Rundfunk die "Militanz" unmißverständlich abgelehnt. Antwort einzelner APO-Mitglieder: Es werde Zeit, den Extra-Dienst als Feind zu betrachten. Anonyme Anrufer sprechen von "Ausräumen, Ausräuchern, Besetzen".

In dieser Atmosphäre tagte dann die Mitgliederversammlung des RC. Und hatte noch Anfang Januar eine Mehrheit die Ausschreitungen des 4. November angelehnt - diesmal lehnte eine andere Mehrheit einen Antrag ab, in dem der Club nach wie vor definiert wurde als Zentrum aller progressiven Kräfte. Das war, clubintern, der Sieg der Militanten und die Spaltung des RC. Denn die sogenannten Liberalen, die zwar die kleinste, aber wichtigste Gruppe der Mitglieder gestellt hatten, und sich nun, weil sie die "Militanz" nicht hinnehmen mochten, als "Scheisser" beschimpft hörten, zogen aus. Die sogenannten Traditionalisten, also die linken Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und Studenten, bleiben noch, aber sie sind, nach der Zukunft des Clubs befragt, skeptisch.

Dafür gibt es auch gute Gründe. Mit seinen bislang rund 800 Mitgliedern hatte der RC schon Mühe, seinen finanziellen Verpflichtungen - in Höhe von 6.000,-- Mark im Monat - nachzukommen. Er schaffte es nur, weil gerade die Liberalen immer wieder großzügige Spenden besorgten. Sinkt die Mitgliederzahl jetzt wesentlich unter die Zahl 700, ist der Club schon aus finanziellen Gründen gezwungen, seine Pforten zu schliessen.

Als Forum freilich ist er längst bedeutungslos geworden. Gegründet im Frühjahr 1967 als Treffpunkt für alle, die mit den in Berlin herrschenden Zuständen nicht einverstanden waren, wurde er mehr und mehr das Agitpropzentrum jener nun wirklich kleinen Minderheit, für die Rudi Dutschke etwa längst als Versöhnler abgeschrieben ist und die nur noch an die Wirksamkeit von Rabatz und Klamauk glauben. Für die Gruppen aber gibt es nicht nur an den Universitäten Organisationen genug: den "SDS", die maoistischen Schülergruppen wie "Rote Garde" und "Kulturrevolution".

Der Begründung, mit der Marianne Regensburger als Vorstandsmitglied zurücktrat, ist der folgende Satz entnommen: "Ich bin zu antiautoritär, den Zwang, die Vernunft an der Garderobe abgeben zu müssen, länger hinzunehmen." Dem ist wenig hinzuzufügen. Diesem RC und dieser APO ist, bedenkt man, was aus ihnen wurde, keine Träne nachzuweinen."

Herr Menzel hat sich bereit erklärt, über die in seinem Artikel geäußerten Thesen am Sonntag, den 23. März 1969 - 20 Uhr zu diskutieren.

2. Von Peter Rath (RC Dortmund) ging uns folgendes Manuskript zu:

"Überlegungen zur Strategie der APO im Hinblick auf das Wahlbündnis (ADF).

1. Das gegenwärtige politische Herrschaftssystem kann sich bestenfalls formaldemokratisch legitimieren. Der Parlamentarismus, eine Spielform autoritärer Verwaltung, ist nicht das Instrument, mit dem der Bürger reale Macht im politischen Entscheidungsprozeß ausüben kann. Das Parlament ist die Plattform, auf der Parteisprecher zusammenkommen, um im voraus gefällte Entscheidungen zu legitimieren. Das Parlament hat lediglich die Aufgabe - dies unterstreicht seine geschichtliche Herkunft - die Bevölkerung durch den Schein der Wahrnehmung vor der wirklichen Wahrnehmung ihrer Interessen abzuhalten. Die Freiheit der Wahl ist auf den punktuellen Einfluß reduziert günstigensfalls zu wählen, von wem man in den kommenden 4 Jahren politische Dienstleistungen empfangen will.

2. Dennoch darf, wer die "Transformation der Demokratie" durchschaut hat, nicht kampflos das Feld der etablierten Minorität überlassen. Dafür spricht - neben der persönlichen Verantwortung als Christ, Marxist oder Liberaler:

   a) Das etablierte Parteiensystem befürchtet, daß das Volk erkennt: "der Kaiser ist nackt". So wird versucht, die Funktion des Parlaments im Sinne der herrschenden Kreise durch Sperrklauseln und Wahlrechtsmanipulation zu erhalten. Dies ist nur ein kleiner Bereich, in dem nur Manipulation vor Demokratie im realen Sinne schützen kann.

   b) Auch wenn viele Wähler sich vierjährig für "das kleinere Übel" entscheiden, drückt die große Wahlbeteiligung aus, daß die Mehrheit der Bevölkerung auf den Parlamentarismus fixiert ist.

   c) Der kampflose Rückzug würde das Feld der Opposition der NPD überlassen und über die Politik der etablierten Parteien enttäuschte Wähler der NPD zutreiben.

3. Eine Teilnahme radikaldemokratischer Parteien oder eines linken Wahlkartells kann bedeuten:

   a) Man unterwirft sich dem Mechanismus der herrschenden Realpolitik und nährt die Illusion, hinter der Wahlbeteiligung stehe die Strategie des Kapfes um die Macht im Staate. Man übersieht dabei, daß das Parlament nur eine sekundäre Funktion hat, politische Entscheidungen nicht an der Peripherie der Macht, sondern im Zentrum (also nicht im Parlament) gefällt werden. Damit werden die bestehenden Machtmechanismen, die dem parlamentarischen Sekundärspiel nicht zugänglich sind, verschleiert und nicht entlarvt. Auch verbale Zugeständnisse an antiautoritäre Organisationsstrukturen können nicht darüber hinwegtäuschen (z.B. "Aktionsrat" oder "Bündnisrat").

   b) Man setzt die außerparlamentarische Bewegung auch in einer anderen Qualität fort, in dem unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Bewußtlosigkeit das auf den Parlamentarismus fixierte Bewußtsein zur Politisierung genutzt wird, um im Sinne Leninscher Parlamentstaktik den Prozeß der Verunsicherung der bestehenden Machtstrukturen voranzutreiben.

   Die Effektivität dieses Eingreifens in den Wahlkampf wird nicht in dem Überspringen irgendwelcher 5 %-Klauseln und dem Einzug

eigener Kandidaten in ein vollständig kompromittiertes Parlament gemessen, sondern in dem Grad der tatsächlich stattfindenden Politisierung durch eine ständige Demaskierung der tatsächlichen Machtinteressen der Parteien und der Funktion des Parlaments, sowie durch die permanente Auseinandersetzung mit den politischen Tagesfragen. Die APO wird hierbei also nicht dem Parlamentarismus untergeordnet.

Die Aufstellung eigener Kandidaten und die Bildung einer Wahlpartei darf dabei nur als Zugeständnis an jene aufgefaßt werden, die das alt-traditionalistische Stadium noch nicht überwunden haben.

4. Hat das Eingreifen in den Wahlkampf jedoch "das Ziel des Eindringens in das Parlament" (Abendroth) und "die Erneuerung parlamentarischer Formen" (Hofmann), so vollzieht sich mit der Metamorphose des traditionalistischen Lagers zu rührig-treuherzigen Wahlhelfern des bestehenden Systems der Verzicht, Herrschaftskonflikte auszutragen und die APO zu reparlamentarisieren.

Reparlamentarisierung der APO bedeutet aber, den auszutragenden Herrschaftskonflikt durch das Hineintragen in das Parlament keiner Lösung zuzuführen, da die moderne bürgerliche Gesellschaft nur zwei Formen seiner vermeintlichen Lösung kennt:

a) Die Zerstörung der außerparlamentarischen Bewegung (wie es etwa dem Faschismus möglich war),
b) die Aufgabe der radikaldemokratischen Zielsetzung, um dann im institutionellen Rahmen des politischen Systems für Reformen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse einzutreten. Das bestehende System soll also nicht abgeschafft oder überwunden, sondern durch Reformen "behaglicher" gemacht werden.

5. Die Umwälzung der gesellschaftlichen Strukturen kann nur das Ergebnis einer außerparlamentarischen Massenbewegung sein. Eine wünschenswerte Verbindung des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes ist in der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik nicht möglich, da die derzeitige organisatorische Zersplitterung der APO keine "konzertierte Aktion" gegenüber dem Establishment, sondern nur einen Kräfte verschleißenden und einen partiell internen politischen Kleinkrieg ermöglicht.

Eine parlamentarische Vertretung kann aufgrund des derzeitigen Kräftepotentials nur das Ergebnis einer offensiven Wahlkampfführung gegen die SPD sein. Dies ist aus folgenden Gründen nicht wünschenswert:

a) Von der Parteiführung der SPD würde dann der APO der "Schwarze Peter" für die Wahlniederlage der SPD zugeschoben.
b) Eine Wende der SPD-Politik würde auch nicht erreichbar sein, weil die SPD-Führung damit durch Ablenkung auf andere vor ihrem überfälligen Offenbarungseid bewahrt wird und es wahrscheinlich in der SPD-Politik zu einer noch weiteren Radikalisierung nach rechts kommt.

6. Die Kommunisten, denen scheinbar ausschließlich eine sinnvolle Vertretung politischer Kampfesformen zugeschrieben werden kann, haben zwar diese o.g. Aspekte in ihre politische Strategie einbezogen. Sie vermochten sich jedoch nicht von dem im Wahlbündnis ADF vorherrschenden "DFU-Geist" zu emanzipieren, der nach mißlungenen Versuchen erneut eine Parlamentarismusseligkeit verkündet.
Diese Teilnahme an einem Wahlbündnis kommt dem Ruf "Auf, in die Frustration Genossen" gleich, weil damit zum wiederholten Male im

unrichtigen Zeitpunkt mit falschen Mitteln die Erreichung eines verzichtbaren Zieles erstrebt wird und wieder falsche Erwartungen geweckt werden.

7. Die APO, im Grunde genommen die dermale Form der Beteiligung unzufriedener Bürger und politischer Gruppierungen in einer parlamentarischen Demokratie, deren Interessen nicht oder nur unzureichend im Parlament vertreten werden, muß antiparlamentarisch sein, wenn das Parlament trotz formaldemokratischer Wahlakte antidemokratisch funktioniert, weil nur dann die APO demokratisch ist.

8. Außerparlamentarisch bedeutet jedoch nicht anti-institutionell, ist keine Aufforderung zum Wahlboykott.

   a) Weil das Parlament nichts anderes als ein "Kollektiv-Monarch" (n. Koch) ist, ist jeder demokratische Staatsbürger verpflichtet, seine unmittelbare Souveränität in Anspruch zu nehmen. Dieser Bruch mit einer massiven Tradition, sich aus der Verfügungsgewalt der Herrschenden und dem Teufelskreis repressiver Unterwerfung zu befreien, ist das Ja zur Revolution.

   Die Revolution wird sich in der Bundesrepublik, einem hochindustrialisierten Land, nicht nach dem Vorbild der Revolutionen zum Ende des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts vollziehen - oder wie in Lateinamerika.

   So wird das Ergebnis eines langen und langwierigen Marsches sein, der durch die Institutionen dieser Gesellschaft führen muß. Nur wer jetzt bereits Machtpositionen erobert, von denen die Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen vorangetrieben werden können, kann diese gesamtgesellschaftliche Veränderung mit bewirken.

   Ein Antiinstitutionalismus kann blind, ja tödlich sein.
   Dabei gilt es in der gegenwärtigen politischen Situation, insbesondere sein Aktionsfeld in den Gewerkschaften zu entfalten, die immer mehr zum Wurmfortsatz einer politischen Partei zu werden drohen. Aber auch andere Institutionen müssen in diese Strategie einbezogen werden, wie z.B. die Kirchen. APO und außersynodale Opposition zeigen, daß es möglich ist, die antidemokratische Tradition der Kirche zu durchbrechen.
   (Die von André Gorz in Bezug auf die Arbeiterbewegung aufgezeichnete Strategie systemüberwindender Reformen zeigt wertvolle Ansatzpunkte auf).

   b) Ein Wahlboykott würde bedeuten, nicht die Chance zu nutzen, durch Aufklärungsaktionen zur politischen Bewußtseinsbildung beizutragen. Es gilt vielmehr im Bundestagswahlkampf mit folgender politischer Zielsetzung aufzutreten, die in einer Vorlage zur ZA-Sitzung der Kampagne am 15./15. September 1968 wie folgt fixiert wurde:

   " + Gegen die Absichten der Herrschenden sind die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik und die Verschleierungsfunktionen offenzulegen, die unter diesen Umständen Wahl und Parlamentspraktiken enthalten.

   + Gegen die Absicht der Herrschenden muß der Wahlkampf so weit wie möglich politisiert werden, um folgende Probleme zur öffentlichen Debatte zu stellen:

Soll der (vom Parlament vor allem mit der Annahme der Notstandsgesetze bestätigte) Prozeß gesellschaftlicher Formierung zugunsten der industriell-militärischen Machtelite weitergehen - oder sollen diesem Prozeß Alternativen der Demokratisierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen, insbesondere Alternativen mit dem Inhalt demokratischer Kontrolle der politischen Ökonomie entgegengestellt werden?

Soll die von der industriell-militärischen Machtelite betriebene expansive Außenpolitik, die auf Rüstungssteigerung, Beteiligung an atomaren Waffensystemen und Vormachtstellung der Bundesrepublik in Westeuropa mit dem Ziel der 'Rückgewinnung Osteuropas' abzielt, weiter betrieben werden - oder soll durch Rüstungsstopp und Rüstungsabbau sowie durch Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze eine neue Sicherheitspolitik in Europa eingeleitet werden, die das Ende der Militärblöcke und die Verhinderung jeder imperialistischen Politik zum Ziele hat?"

Es ergeben sich dabei folgende Möglichkeiten, in den Wahlkampf einzugreifen:

+ In Wähler- und Mitgliederversammlungen der Parteien kann die Aufstellung der Kandidaten für die Wahl zur Debatte über deren politische Anschauungen gemacht werden; gegen Notstandsbefürworter muß dabei eine Abwahlkampagne geführt werden.

+ Die aufgestellten Kandidaten müssen zur Offenlegung ihrer politischen Ansichten veranlaßt werden.

+ Die Wahlveranstaltungen der Parteien können zur Debatte über das politische System der Bundesrepublik und zur Auseinandersetzung über die wirklichen politischen Probleme umfunktioniert werden, indem man vor Beginn in ausreichender Stärke die Versammlungsräume füllt und die Diskussion mit dem Publikum beginnt. - Gleiches kann auch nach Schluß der Veranstaltung erfolgen.

+ Der Wahlkampf bietet der Außerparlamentarischen Opposition alle Möglichkeiten, von der Zusammenarbeit mit einzelnen Kandidaten bis zur Provokation (Selbstverständlich besteht auch die Möglichkeit z.B. durch happenings oder Störaktionen zur Politisierung des Wahlkampfes beizutragen).

9. Die so beschriebene Strategie der APO führt zu einer sichtbaren Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung, die die Plattform der weiteren politischen Arbeit qualitativ und quantitativ stärkt. Der Wahlkampf wird dann tatsächlich zum "organisierenden Prinzip" (Brender).

10. Stärkung und Erweiterung der APO und ihre Aktionen im Rahmen einer "langfristigen Strategie massenhafter Aufklärung" (Habermas) werden nur dann erfolgreich sein und nicht zum wiederholten Male in die Frustration führen, wenn die in der "Deutschen Partisanenschule" skizzierten Regeln befolgt werden. Es sind dies u.a.:

"a) Die nichtspektakulären Aktionen sind wichtiger als spektakuläre. In ihnen werden sachlich und methodisch die nötigen Veränderungen reif gemacht.

b) Spektakuläre Aktionen sind sorgfältig geplante letzte Einsätze gegen Positionen, denen der sachliche und moralische Boden schon vorher weithin entzogen ist und deren Rückhalt auf Gewohnheit und Trägheit beruht.

c) In der Regel sollen spektakuläre Aktionen vorher angekündigt werden. Die Aktion selbst darf nur mehr das Finale sein, nachdem alle Betroffenen persönlich so wirksam angesprochen sind, daß sie nicht mehr als Dienstautomaten mißbraucht werden können und kein Platz für Kurzschlüsse bleibt.

d) Immer ist von der Annahme auszugehen, daß fast alle momentanen Gegner potentielle Verbündete sind. Niemand darf ohne Not in die Gegnerschaft gedrängt oder in ihr festgehalten werden. Die Opposition arbeitet falsch, wo immer die etablierte Minorität und ihre Helfershelfer sie wirksam als verschwindende Minorität, als sektiererische Linke zwischen SPD und KP oder links der KP, als Anarchisten und verkrachte Existenzen hinstellen kann.

e) Die Stärke der Opposition liegt in ihrer unkontrollierbaren Mannigfaltigkeit und ihrer Fähigkeit zu Kontakt und Zusammenarbeit. Die etablierte Macht ist wie eine schwerfällige Armada, ohne Geist, Fantasie, Spontaneität und Witz. Gegen sie ist die Strategie der vielen und schnellen Schiffe angebracht, die ebenso frei wie planmäßig kämpfen. Konzentrierte Aktionen auf wichtige und lohnende Ziele vertragen sich gut mit schneller Taktik. Beides dient der Vorbereitung des massiven Durchbruchs in die Öffentlichkeit."

- - - - - - -

Anzeige

Wir möchten Sie besonders auf die Diskussion um R.R. aufmerksam machen, die jetzt in Zusammenhang mit unserer Club-Veranstaltung, die für Mittwoch, den 26. März 1969 angekündigt ist, vorliegt:

Reimut Reiche	- SEXUALITÄT UND KLASSENKAMPF	DM 9,80
Wolfgang F. Haug	- VERKEHR ZWISCHEN GENITALEN FASSADEN	DM -,60
Reimut Reiche	- EINE ANTWORT AUF WOLFGANG F. HAUG	DM -,60

Charles Bettelheim/H. Marchisio/ J. Charriere
DER AUFBAU DES SOZIALISMUS IN CHINA - 173 S., München 1969 - DM 9,80

Charles Bettelheim
Problèmes théoriques et practiques de la planification
304 S., Paris 1966 - DM 23,--

M. Masters, V.E. Johnson
DIE SEXUELLE REAKTION
371 S., Frankfurt/Main 1967 - DM 49,--

Conrad Schuhlen
ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE DER ARMEN WELT - 181 S., München 1969 - DM 9,80

Oskar Lange
ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER MODERNEN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT - 189 S., Wien 1964 - DM 12,80

Vera Schmidt
3 AUFSÄTZE
99 S., Neuauflage Berlin 1969 - DM 3,50

Sämtliche Titel sind in unserer Bücherstube erhältlich.

Anzeige

V. Veranstaltungskalender

1. Woche: Mittwoch, 12. März 1969 - Dienstag, 18. März 1969

Mittwoch, den 12. März 1969 - 20 Uhr
Eike HEMMER, Wolfgang F. HAUG, Reimut REICHE: SEXUALITÄT UND KLASSENKAMPF.
Reiche hat inzwischen auf die Streitschrift von Haug (Verkehr zwischen genitalen Fassaden - erhältlich in der Bücherstube des RC für DM -,60) geantwortet. Die "Antwort auf Wolfgang F. Haug" ist in der Bücherstube des RC zu erhalten.

Donnerstag, den 13. März 1969 - 20 Uhr
Dietrich WEDEPOHL - KRIMINALITÄT IM SPÄTKAPITALISTISCHEN SYSTEM

Freitag, den 14. März 1969 - 20 Uhr
Clubgespräch über die Aktionen zum NIXON-BESUCH und zur BUNDESVERSAMMLUNG - Diskutiert werden soll vor allem die organisatorische Schwäche der Berliner Linken und die Möglichkeiten einer außerparlamentarischen Strategie bei gleichzeitiger Koexistenzpolitik der Großmächte.

Sonntag, den 16. März 1969 - 20 Uhr
STALINISMUS - FASCHISMUS. Eine Diskussion mit Olaf TORSIEN, Klaus HERRMANN und Kurt JOHANNSON

Montag, den 17. März 1969 - 20 Uhr
Jochen EBMEIER, Hans-Joachim SCHRANKEL über die NOTWENDIGKEIT EINER REVOLUTIONÄR-MARXISTISCHEN JUGENDORGANISATION ALS STRATEGISCHES MOMENT ZUR SCHAFFUNG DER REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI.

2. Woche: Mittwoch, 19. März 1969 - Dienstag, 25. März 1969

Mittwoch, den 19. März 1969 - 20 Uhr
K.H. PANTELEIT (AUD) ANERKENNUNG DER DDR - ANFANG ODER ENDE EINER DEUTSCHLAND-POLITIK? Diskussionsleitung Klaus EHRLER

Donnerstag, den 20. März 1969 - 20 Uhr
CLUBDISKUSSION mit den KANDIDATEN FÜR DEN NEUEN VORSTAND
Wir empfehlen allen Mitgliedern, die für die kommende Vorstandsperiode kandidieren und damit ihre Arbeit ein Jahr dem Club zur Verfügung stellen wollen, an diesem Abend zu erscheinen.

Freitag, den 21. März 1969 - 20 Uhr
Am 15./16. Februar 1969 hat sich in Leverkusen die DEMOKRATISCHE UNION (DU) als die "Antiautoritäre Sammlung der APO" konstituiert. Die DU will sich an der nächsten Bundestagswahl beteiligen. Da mit der DU einige westdeutsche RC's sympathisieren, bzw. sie aktiv unterstützen, und da die Parlamentarismusdebatte längst überfällig ist, haben wir die beiden Hauptinitiatoren Wilfried HEYDT (RC Lörrach) und Peter SCHILINSKI (RC Sylt) nach Berlin zu einer Diskussion eingeladen. Thema: MODELLE EINER FREIEN SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE - KONZEPT DER DU.

Sonntag, den 23. März 1969 - 20 Uhr
DAS ENDE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS - Eine Diskussion mit dem RC-Mitglied Claus Menzel über sein in diesem RC-BULLETIN abgedrucktes Sandemanuskript.

Veranstaltungsvorschau (Änderungen vorbehalten)

Mittwoch, den 26. März 1969 - 18 Uhr
3. ORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG im Heim der Evangelischen Studentengemeinde, 1 Berlin 33 (Dahlem), Golfertstraße 45
U-Bahnhof Oskar-Helene-Heim, A 1, A 3, A 10

Donnerstag, den 27. März 1969 - 20 Uhr
Veranstaltung der MARXISTISCHEN SCHULUNGSGEMEINSCHAFT - MARXISMUS UND RÄTEDEMOKRATIE mit Willi Huhn

Freitag, den 28. März 1969 - 20 Uhr
CLUBDISKUSSION mit Dietmar AHRENS - AUSSERPARLAMENTARISCHE KAMPFFORMEN

Samstag, den 29. März 1969 - 20 Uhr
DISKUSSION mit den MITARBEITERN der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ

Mittwoch, den 2. April 1969 - 20 Uhr
Informationsveranstaltung der IRANISCHEN STUDENTEN-KONFÖDERATION

Donnerstag, den 3. April 1969 - 20 Uhr
Hubert BACIA - PSYCHOANALYSE UND GESELLSCHAFT

Freitag, den 4. April 1969 - 20 Uhr
CLUBDISKUSSION mit Dr. Roland REICHWEIN zum Thema: IST EIN SOZIALISTISCHES WESTBERLIN NACH DEN VORSTELLUNGEN DER APO MÖGLICH?
OSTINTEGRATION: JA ODER NEIN.